



Trotz schlechter Wirtschaft steigen die Zahl der Ausbildungsplätze | Bild: Monkey Business Images, Canva

Mehr Ausbildungsverhältnisse auch ohne Ausbildungsplatzabgabe

20. Februar 2026

Zum Jahresende 2025 verzeichneten die IHK-Mitgliedsunternehmen 18.486 betriebliche Ausbildungsverhältnisse – 573 mehr als 2023. Das entspricht einem Zuwachs von 3,2 Prozent. Trotz der anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Lage leisten sie damit einen wichtigen Beitrag zum Bündnis für Ausbildung und dem gemeinsamen Ziel von 2.000 zusätzlichen Ausbildungsverhältnissen.

Zugleich ist es gelungen, Ausbildungsverhältnisse stabiler zu gestalten und Abbrüche zu vermeiden. Die Zahl der Vertragslösungen sank gegenüber 2023 um 287 Fälle auf 2.697 (-1,2 Prozentpunkte). Dazu beigetragen hat auch das neue, mehrstufige Angebot der [Industrie-](#)

und Handelskammer zu Berlin (IHK Berlin) aus Workshops, individueller Beratung, Mediation und Schlichtung. Diese positive Entwicklung ist Ergebnis einer immensen Kraftanstrengung der Wirtschaft und das trotz stagnierender Konjunktur und sinkender Beschäftigtenzahlen.

Laut IHK-Konjunkturerhebungen bewerteten Unternehmen Ende 2025 ihre wirtschaftliche Lage so schlecht wie seit der Coronakrise nicht mehr. In den letzten zwei Jahren hat sich die konjunkturelle Schwächephase immer weiter vertieft. Beschäftigungsabbau und Investitionszurückhaltung prägen das Bild – dies bestätigen auch die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit.

Sebastian Stietzel, Präsident der IHK Berlin: „Die Wirtschaft schafft zusätzliche Ausbildungsverhältnisse – ganz ohne die Ausbildungsplatzabgabe, sondern aus Verantwortung für den Standort und für die eigene Fachkräftesicherung. Wer also angesichts dieser Bilanz weiter an einer pauschalen Abgabe festhält, setzt auf Bürokratismus statt auf wirksame Lösungen. Mit Blick auf die Ausbildungsplatzabgabe ist nun die Verwaltung am Zug und muss ebenfalls ihren Beitrag zur Erhöhung der Ausbildungsverhältnisse leisten. Die Ressourcen, die auf Verwaltungsseite in den Gesetzentwurf gesteckt werden, wären jedenfalls beim Ausbau der Ausbildungsaktivitäten in der Verwaltung selbst erheblich besser investiert gewesen.“

Manja Schreiner, Hauptgeschäftsführerin der IHK Berlin: „Nachhaltige Wirkung braucht Zeit und den Willen, neue Wege zu gehen. So hätte es noch signifikant mehr Ausbildungsverträge gegeben, wenn alle Ausbildungsplätze tatsächlich besetzt und nicht so viele Jugendliche in schulischen oder berufsvorbereitenden Bildungsangeboten stecken würden, obwohl sie auf dem regulären Ausbildungsmarkt gute Chancen auf einen Ausbildungsplatz hätten. Allerdings fehlt es bisher hierzu an Daten und Transparenz in den zuständigen Stellen, um gezielt auf diese Jugendlichen zuzugehen und sie mit passgenauen Angeboten zu versorgen. Wem es darum geht, Jugendliche in Ausbildung zu vermitteln, der weiß: Gerade mit Blick auf Berufsorientierung, Schulqualität und Matching zwischen Ausbildungsbetrieben und Jugendlichen sind noch viele Hausaufgaben zu machen. Die Ausbildungsplatzabgabe gehört definitiv nicht dazu.“

Alexander Schirp, Hauptgeschäftsführer der UVB: „Die Wirtschaft hat geliefert: Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleister haben ihr Engagement in der dualen Ausbildung zuletzt deutlich gesteigert. Rund 1.100 zusätzliche Ausbildungsverträge in diesen Branchen seit 2023 sind eine ansehnliche Bilanz. Schon jetzt ist klar: Niemand kann den Unternehmen vorwerfen, sich nicht ausreichend für den Fachkräfte-Nachwuchs und die Zukunft dieser Stadt zu engagieren. Die Zahlen der freien Berufe und des öffentlichen Dienstes kommen noch hinzu, diese erwarten wir in Kürze. Auch die Zahlen der dual Studierenden entwickelt sich positiv. In einer Zeit großer Unsicherheit, gravierender Standort-Nachteile und tiefer wirtschaftlicher Krisen, ist das erreichte Plus sehr

bemerkenswert. Zumal der Trend in fast allen anderen Regionen Deutschlands in die entgegengesetzte Richtung zeigt. Mit mehr Rückenwind auch aus der Politik hätte der Zuwachs bei den Ausbildungsverträgen noch deutlicher ausfallen können. Die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe würde den positiven Trend wieder zunichtemachen. Zusätzliche Kosten, Bürokratie und Behördenräger für die Firmen bringen auf keinen Fall mehr Ausbildungsverträge. CDU und SPD sollten sich auf bessere Bildung und die Berufsorientierung der jungen Menschen konzentrieren, statt die Unternehmen mit einer sinnlosen Abgabe zu drangsaliieren.“ (red)